

Stark vertreten – Vertreter stärken

VON MAG. FRITZ MALLI (malli@borg-dl.ac.at)



„Ihr habt schon eine starke Vertretung“, sagt mir die frisch versetzte Verkäuferin kurz vor 20 Uhr an der Kassa, meinen manche Journalisten, viele öffentlich Bedienstete, Gewerbetreibende, Pensionisten, Hacker,

Freiberufler. Der unmittelbare Anlass für dieses „Kompliment“ ist evident: Unsere Gewerkschaft hat es geschafft, eine als Solidaritätsoffer getarnte Arbeitsplatzvernichtung zu entlarven. Echte Solidarität unter praktisch allen Lehrern und ehrliches Engagement in praktisch allen Dienststellen haben unser starkes Verhandlungsteam unterstützt.

Eine neue Qualität der Anerkennung ist durch viele Beitritte zur Gewerkschaft dokumentiert. Gerade für lang dienende Interessensvertreter ist dies eine höchst willkommene (standes)politische Renaissance. Indirekt verdanken wir diese ermutigende Perspektive der Bildungsministerin, direkt ist dir, lieber Leser, zu danken.

Manchmal genügt für einen schnellen Gewinn die gute Show, der flotte Spruch, die makellose Performance. Wir Lehrer erleben es täglich: Für nachhaltigen Erfolg braucht es aber solides Fachwissen und überzeugende Argumente, gegenseitige Achtung und Akzeptanz.

Um die Interessen von Kolleg/innen gut vertreten zu können, braucht es dazu noch Zivilcourage und solide Kenntnisse der Rahmenbedingungen für unsere Arbeit. Als Lehrervertreter auf Landesebene ist es mir mit meinem Team ein wichtiges Anliegen, die Personalvertreter aller steirischen AHS mit aktuellen Informationen und Themen zu versorgen.

Unsere bewährte „Selbstversorgerstation“ ist seit einigen Jahren der Klugbauer am Reinischkogel. In diesem Jahr haben wir uns dort oben einen Halbtage lang mit den Auswirkungen der geplanten Sparmaßnahmen auf die Arbeitsplatzsituation in der Steiermark befasst und drei aussagekräftige Resolutionen verabschiedet.

Lehrer-Schüler-Mehrdienstleister

In der **ersten** konzentrierten wir uns auf die Junglehrer/innen:

Zu Beginn des Schuljahres 2008/09 (Stichtag 1. 10. 2008) wies die „Bewerberdatenbank“ **620 Bewerber/innen für Bundes-schulen ohne Stelle auf.**

Welche Chancen auf Anstellung haben sie? In der AHS begannen 105 Universitäts-Ab-solvent/innen das **Unterrichtspraktikum.**

Wie viele werden ihre frisch erworbenen Kompetenzen einsetzen können?

373 Lehrer/innen hatten einen befristeten „**II L-Vertrag**“. Wird dieser verlängert?

103 Kolleg/innen befanden sich in **Karenz** (unbezahlt, Mütter/Väterkarenz, Sabbatical). Wohin kehren sie zurück?

In der **zweiten** plädierten wir mit folgenden Zahlen für mehr Gerechtigkeit in der WE-Zuweisung:

1. Wir haben die **höhere „Behaltequote“** in der Langform: **55,3 %** (NÖ: 43,3 %; OÖ: 50,1 %; Ö: 51 %)

2. Wir haben **mehr ORG-Schüler**, sogar in absoluten Zahlen, als die weitaus bevölkerungsreicheren Bundesländer:

4547 Schüler
NÖ: 2995; OÖ: 3586; Wien: 4182

3. Daraus ergibt sich ein „werteinheiten-intensiverer“ **Oberstufenanteil**, der nur durch Umschichtungen zu Lasten des Gesamtsystems finanziert werden kann: **45,52 %** (NÖ: 35,88 %, OÖ: 40,89 %, Ö: 40,71 %).

In der **dritten** appellieren wir an den Präsidenten, „die Öffentlichkeit auch über die positiven Seiten der AHS zu unterrichten und irreführende Aussagen zu unterlassen, bzw. richtig zu stellen“.

Anlass für dieses Schreiben war der mit dem markigen Spruch „LSR-Präsident greift durch“ eingeleitete Artikel „Überstunden gestrichen“ in der Kronen Zeitung, der die AHS-Lehrer/innen als Abkassierer brandmarkte. Wie die folgende Statistik zeigt, gibt es bei uns freilich kaum was zu holen:

Verteilung der WE auf die AHS-Lehrer/innen

AHS-Durchschnittsverpflichtung 08/09: 18,55

Beschäftigungsausmaß am 16. 12. 08:
Unter 10 WE: 253 (Gering Beschäftigte)
10–19 WE: 560 (Teilbeschäftigte)
20–21 WE: 555 (knapp Vollbeschäftigte)
22–25 WE: 1247 (Vollbeschäftigte)
26–29 WE: 88 (Mehrdienstleister)

Wie wird jetzt durchgegriffen? Die Schulen haben Überschreitungen von 25 WE pro Lehrer/in mit dem Inspektor zu kommunizieren.

Sicher planen! Aber wie?

Der aktuelle Sicherstellungserlass ist nur ein sogenannter, weil die budgetäre Bedeckung keineswegs sichergestellt ist. Aber ich bin optimistisch, dass eine „bedarfsgerechte Zuweisung“ erfolgen wird, wenn auch erst im Herbst.

Das derzeitige Provisorium bedeutet für viel zu viele Kolleg/innen viel zu viele Unwägbarkeiten. Wo werde ich im nächsten Jahr unterrichten? Wie viele Stunden bleiben für mich übrig? Werde ich endlich versetzt? An wie vielen Schulen werde ich mitverwendet? Wie sieht mein Vertrag aus?

Es ist nicht leicht für Personalvertreter, diese Kolleg/innen nur vertrösten zu können. Wie schön ist es für Personalvertreter an einer sicheren beruflichen Perspektive mitwirken zu können! Hätten uns zwei Stunden mehr geblüht, wäre eines sicher gewesen: An die hundert Kolleg/innen hätten keinen AHS-Arbeitsplatz in der Steiermark gehabt. Solche Sicherheit meinen wir nicht, wenn wir Planungssicherheit fordern!

Diverses Service

Eine gute Info-Plattform ist die ÖPU-Homepage: www.oepu.at, mit eigener „USER-Rubrik“.

Zu folgenden Themen der steirischen Frühjahrstagung können wir Unterlagen (Power-Point) anbieten:

- Mag. Herbert Weiss, Pensionsrecht
- Dr. Johannes Ziegelbecker, Bundespensionskassa
- HR Mag. Engelbert Wippel, Leistungsbeurteilungen
- Mag. Friedrich Malli, Zahlen und Daten aus dem FA

Wer Interesse daran hat, fordert sie per Mail an: a.kaiser@borg-dl.ac.at

Sparefroh in der Bildung

VON MAG. HANS ADAM (adam@borg1.at), Vorsitzender AHS-Gewerkschaft Steiermark



Der Start war fulminant. Die jahrzehntealte Forderung der GÖD zur Senkung der Klassenschülerhöchstzahl sollte endlich in Erfüllung gehen. Eine neue Ära der Bildungspolitik sollte eingeleitet werden. Scheinbar spielte

Geld in der Bildungspolitik nur mehr eine Nebenrolle. Schule sollte neu gedacht werden. Doch schon bei der Einsetzung der Expertenkommission zeigte sich, wohin der Weg geht. Man versuchte mit einem willigen Vertreter des Koalitionspartners eine uralte Idee des Klassenkampfes, die Gesamtschule, umzusetzen. Den Weg dazu hatte die Vorgängerin der Bildungsministerin durch Abschaffung der Zweidrittel-Mehrheit für Schulgesetze geebnet. Zum ersten Mal sahen wir, wie durch eine massive Medienkampagne versucht wurde ideologische Schulpolitik umzusetzen. In der neuen Gesamtschule durfte es an nichts fehlen und der pädagogische Himmel auf Erden sollte Wirklichkeit werden. Die schulfernen Mitglieder der Expertenkommission träumten unter Realitätsverlust von einer neuen Schulwelt. In den Medien wurde die neue Gesamtschule als Lösung für alle nur denkbaren Probleme in unserer Gesellschaft präsentiert und schon vorab heftig beklatscht. Doch was wurde den staunenden Lehrerinnen und Lehrern am Ende präsentiert: die Vernichtung der beliebtesten Schulform der 5. Schulstufe (AHS). Dafür sollten ganze 6 Stunden Teamteaching pro Klasse und Woche reichen. Mehr ist nicht zu haben. Nun werden als Schulversuch die neuen Schulideen ausprobiert und hoffentlich ehrlich evaluiert. Die Vernichtung der AHS wurde unter tatkräftiger Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen von der AHS-Gewerkschaft verhindert. Spätestens jetzt waren die Vorschusslorbeeren der Bildungsministerin verbraucht und wir dachten, wir könnten uns auf die Lösung der wirklichen Probleme der Schule konzentrieren.

Doch der Aschermittwoch 2009 wird in den Annalen der österreichischen Schulpolitik besonders vermerkt werden. Die Bildungsministerin musste zugeben, dass das Geld trotz eines erhöhten Budgets nicht reicht. Wieder wurde mit kräftiger Unterstützung der Medien versucht, den Lehrerstand als Ansammlung von Faulpelzen darzustellen, die doch gefälligst länger in den Klassen „stehen“ und somit jedes Jahr 500 Millionen Euro in die Kasse der Frau Bildungsministerin durch zwei Stunden mehr Unterricht einwerfen. Doch auch diesmal haben wir uns durch wochenlanges mediales Trommelfeuer nicht irritieren lassen. Das Lügengebäude unter dem Titel „Schulreform“, mit dem uns die Fr. Bildungsministerin zur Mehrarbeit bewegen wollte, war schnell zusammengebro-

chen und die wahren Beweggründe wurden sichtbar: 200 Millionen Euro Schulden aus dem letzten Budget und die fehlende finanzielle Bedeckung vieler laufender Projekte. Nicht verständlich ist dies vor allem, weil der Ressortleiterin als ehemaligem Vorstandsmitglied einer Bank die Finanzplanung nicht fremd sein kann. Politisches Geschick hat sie als Quereinsteigerin in der Regierung damit sicher nicht bewiesen. Ihre Ankündigung hätte in der krisenhaften Arbeitsmarktsituation Tausende junge Lehrerinnen und Lehrer den Arbeitsplatz gekostet. Deshalb war die Erhöhung der Lehrverpflichtung eine Art Kriegserklärung an die Lehrer-gewerkschaften. Diese zählen ohnehin nicht zu den Lieblingsgesprächspartnern der Ministerin. Trotzdem zeigten sich die Lehrgewerkschaften gesprächsbereit.

Sie versuchten nun einen Kompromiss zu finden, um die Finanznöte des Ressorts zu lindern. Das endgültige Ergebnis der am 20. 4. 2009 abgeschlossenen Verhandlungen sieht nun aus wie folgt:

- **keine Erhöhung der Lehrverpflichtung (12.000 Junglehrerarbeitenplätze gesichert)**
- Abgeltung der Dauer MDL 1,30 % des Grundbezugs (statt 1,432 %)
- keine Fortzahlung der MDL am Tag des Landespatrons und Allerseeleentag
- Fortzahlung der MDL an drei Fortbildungstagen
- 10 Einzelsupplierungen unbezahlt, neben der wöchentlichen Supplierstunde, falls welche anfallen
- um 1/3 gekürzt: Prüfungstaxen
- um 1/5 gekürzt: Abgeltung der FBA, Vorbereitung der mdl. Reifeprüfung
- gestrichen: Bildungszulage, Schriftführer bei mdl. Reifeprüfung, Abgeltung für Tätigkeiten im Rahmen der Schulpartnerschaft (SGA, Klassenelternabend)
- am Abendgymnasium Aufwertung der Stunden erst nach 18.45 Uhr
- Altersteilzeit für Beamte und Vertragsbedienstete eingeführt
- Zeitkonto zum Ansparen von MDL für spätere Reduktion der Lehrverpflichtung eingeführt
- schulautonome Tage werden noch im Schulpartnertag abgestimmt
- frühere Umstellung der Verträge von IIL auf IL

Unverändert bleiben die Bezahlung des Klassenvorstandes und die Höhe und Anzahl der administrativen Belohnungen.

Wir alle hoffen, dass in Zukunft in die Bildung investiert und nicht Sparpolitik gemacht wird.

Ein wesentlicher Bestandteil der Schule sind die Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer. Investitionen in diese Richtung würden sich sofort in einer gesteigerten Qualität der Schule äußern.

Ich bedanke mich für die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen bei diesem erfolgreichen Arbeitskampf. Parallel zur geschlossenen Durchführung des Streiktages wäre eine „Legion“ steirischer Lehrerinnen und Lehrer zur Demonstration nach Wien aufgebrochen.

Nachlese zum Streit um die Lehrpflicht-erhöhung

VON MAG. JOSEF RUMPF
(rumpf@petersgasse.at)



Die Schlacht ist vorerst geschlagen. Ruhe ist wieder eingekehrt, zumindest bis zur nächsten Budgeterstellung, sieht man von der Diskussion um die schulautonomen Tage ab. Man könnte wieder zur Tagesordnung übergehen, wären da

nicht einige Aspekte, die nachdenklich stimmen und eine kleine Nachlese rechtfertigen: Frei nach Franz Josefs „Ja dürfen's denn das?“ haben einige Spitzenfunktionäre der Sozialdemokratischen Partei, unter anderem auch der ehemalige ÖGB-Chef Hundsdorfer, das Streikrecht der Lehrerschaft in Frage gestellt. Eva Scholik hat richtigerweise gemeint, viele Sozialdemokraten, die ihr Leben lang genau für dieses Streikrecht gekämpft haben, müssten sich bei solchen Ansagen im Grab umdrehen. Der Streit hat weiters ein fragwürdiges Bild unserer Zeitungen zutage gefördert. Meinungsmache statt objektiver Berichterstattung, Hetze statt Ausgleich. Hat ein Teil unserer Zeitungen nicht das Bild vermittelt, wir würden uns eher in einer Bananenrepublik befinden als in einer aufgeklärten, demokratischen Informationsgesellschaft?

Ist unserer Ministerin klar, was sie da angestellt hat, indem sie mit dem Boulevard und anderen Zeitungen auf die Lehrerschaft eingeschlagen und sie als jammernde, wehleidige Minderlei-

ster hingestellt hat? Hat sie wirklich geglaubt, uns auf diese Weise klein zu kriegen und damit gefügig zu machen? Der Imageschaden auf beiden Seiten des Grabens ist schwer wieder gut zu machen.

Auf der positiven Seite ist zu vermerken, dass die Geschlossenheit der Lehrerschaft der entscheidende Faktor war. Lehrer/innen jedweder politischer Meinung haben Seite an Seite gekämpft und sich, trotz heftigster Versuche von kleinformatigen Blättern, nicht auseinander dividieren lassen. Schlagzeilen, wie „Nicht alle Lehrer streiken“ blieben ohne Wirkung. Auch die Versuche, die Gewerkschaft und Standesvertreter/innen zu denunzieren und als Betonköpfe hinzustellen, misslangen. Ebenso wie der Versuch der Kleinen Zeitung, die Sachlage so darzustellen, als ob die Gewerkschaft den Konflikt mit der Ministerin aus rein politisch motiviertem Kalkül suchte und die Lehrerschaft ohnehin die „Qualitätsverbesserung“ à la Schmied wollte.

Auch nach der Einigung auf höchster Ebene wurde versucht, gegen die Lehrer Stimmung zu machen. Armin Wolf hatte Finanzminister Pröll in der ZIB 2 am Abend nach der Einigung gefragt, wie es nun nach dem Bauchfleck der Regierung vor den Lehrern weiter gehen solle, worauf dieser meinte, dass die Lehrerschaft immerhin 160 Mill. Euro an Einsparungen für das Budget zu geben bereit war. Und das müssen andere Berufsgruppen erst einmal nachmachen! Dem ist nichts hinzuzufügen.

„Schule ist Arbeit – aber Arbeit soll auch Spaß machen“

Gymnasium, Realgymnasium und Musikgymnasium Dreihackengasse 11, 8020 Graz

Das BG/BRG/MG ist um bewährte und zugleich innovativ weiterentwickelte Ausbildungsangebote mit besten Chancen in Studium und Beruf bemüht. Die Einleitung zu unserem Schulleitbild besagt:

„Es ist unser Ziel, dass SchülerInnen in dieser Schule

- zu Mündigkeit, Kreativität, sprachlicher Kompetenz, Selbstständigkeit und Verantwortungsbewusstsein geführt werden,
- Ermunterung zum Wahrnehmen demokratischer Umgangsformen erfahren und im Erleben von Einflussmöglichkeiten in ihrem demokratischen Verhalten bestärkt werden,
- zu Teamfähigkeit, Toleranz, Diskutierfähigkeit mit Lösungskompetenz, Werthaltung und Kritikfähigkeit ermutigt werden,

- den Umgang mit der Informationsgesellschaft und der Medienwelt von heute erlernen, Körper- und Gesundheitsbewusstsein entwickeln sowie
- ermutigt werden, offensiv auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren, statt sich in private Nischen zurückzuziehen.“



Am Schulstandort Dreihackengasse in Graz sind zwei Schulen in einem Haus zu finden:

1) *Gymnasium (8-jährig) mit zwei Ausbildungsschwerpunkten:*

❖ **„Kommunikation – Kunst – Kultur“** soll die sprachliche und kreative Kompetenz junger Menschen fördern und bietet drei (wahlweise vier) maturafähige Fremdsprachen sowie die schulautonomen Gegenstände „Kulturprojekt – Theaterwerkstatt“ und „Kommunikation und Präsentation“.

❖ **„Projektdesign“** (Realgymnasium) stellt die Teamfähigkeit, das gemeinsame Arbeiten an konkreten Projekten in den Vordergrund. Die Zusammenarbeit mit Firmen und außerschulischen Institutionen fördert Kompetenzen für die moderne Berufs- und Arbeitswelt. Die Projektschwerpunkte werden durch die schulautonomen Gegenstände Projektmanagement, Informatik und Design sowie Kommunikation und Präsentation gefördert.

2) *Musikgymnasium mit zwei Ausbildungszweigen:*

❖ **Realgymnasium** für Studierende der Musik (8-jährig)

❖ **Oberstufenrealgymnasium** für Studierende der Musik (5-jährig): Es ist das einzige steirische Musikgymnasium für 14-jährige SchülerInnen aus dem ganzen Bundesland.

Beide Zweige ermöglichen eine fundierte realgymnasiale Ausbildung für musikbegeisterte Kinder und Jugendliche. Viele vokale und instrumentale Ensembles gestatten das Musizieren auf höchstem Niveau. Konzerte, Konzertreisen und andere Projekte runden das Programm ab.

Angebote für alle Schultypen:

- Sprachen: Englisch, Französisch, Italienisch, Latein, Spanisch, Arabisch; multimediales Sprachenzentrum mit Sprachgütesiegel.
- Autonome Wahlpflichtgegenstände: Berufs- und Ausbildungsplanung, naturwissenschaftliches Arbeiten, Theorie des Sports und der Bewegungskultur.

- Auslandsaufenthalte und Austauschprogramme (USA, Frankreich, England, Irland, Italien), Sportwochen, Kreativwochen etc.
- Soziales Lernen (Kennenlertage, Konfliktpräventionsarbeit, „Fair streiten lernen“, Peermediation, Klassenpatenschaften, Lern- und Konzentrationskurse), zertifizierte Ökoshule, Teilnahme an Projekten, Wettbewerben;
- Ballett, Keramik, Volleyball, Fußball und vieles mehr.
- Mittagessen, Nachmittagsbetreuung

Für Informationen stehen wir gerne zur Verfügung:

Tel.: 0316/71 22 46

E-Mail: schule@3hacken.at

Internet: www.3hacken.at

Das kann heilen helfen

VON MAG. MARIA SCHÖNEGGER
(maria.schoenegger@aon.at)



Was **Eva Scholik** und **Eckehard Quin** zusammen mit anderen Lehrervertretern in den letzten Wochen am Verhandlungstisch für uns erreicht haben, ist großartig und verlängert die Liste gewerkschaftlicher Erfolge.

Viele dieser Erfolge sind weit mehr als singuläre Hilfestellungen für direkt betroffene Kolleg/innen, sie schaffen indirekt mehr Zufriedenheit für alle Schulpartner. An ein konkretes Beispiel sei an dieser Stelle erinnert:

Die Gewerkschaft bringt's – ÖPU

Lehrpflichtermäßigung aus gesundheitlichen Gründen

Rechtsgrundlage: § 8 Abs. 2, 5 BLVG, § 12f Abs. 3 GG

Die Lehrverpflichtung kann auf Ansuchen des Lehrers aus gesundheitlichen Gründen maximal um 50 Prozent herabgesetzt werden. Beträgt die Lehrverpflichtung 10–15 Werteeinheiten, bekommt der Lehrer 75 Prozent des Monatsbezuges.

Diese Lehrpflichtermäßigung ist im Gesamtausmaß von höchstens zwei Jahren zulässig.

Das fachärztliche Gutachten sollte einen Hinweis darauf enthalten, dass durch diese Maßnahme die volle Belastbarkeit wieder hergestellt werden könnte.

Zentrale Reifeprüfung ab 2014?

VON MAG. HARALD PENNITZ (pennitz@borg1.at)



Die Gesetzesnovelle zur Einführung einer zentralen, standardisierten und kompetenzorientierten Reifeprüfung an AHS wurde seitens des Unterrichtsministeriums vorgelegt. Man möchte dadurch **einheitliche und europaweit vergleichbare höhere Bildungsabschlüsse** erreichen. Grundsätzlich wäre dieses Hauptargument für einen derartig **gravierenden Paradigmenwechsel** bei der Reifeprüfung nachvollziehbar und durchaus zu begrüßen.

Allerdings wurden wichtige Einwände der Bildungsexperten vor Ort (sprich: der Professor/innen) nicht berücksichtigt, weshalb zu befürchten ist, dass die prinzipiell guten Ansätze dieser für die Maturanten doch einschneidenden Neuerungen nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen werden.

Warum sind nicht alle Schularten dabei?

So haben steirische AHS-Direktoren in einem Gespräch mit Frau BM Schmied im Dezember vehement auf die Notwendigkeit hingewiesen, **alle Schularten** – auch die BHS (berufsbildenden höheren Schulen) – sowie Externisten- und Berufsreifeprüfungen einzubinden. Eine wirkliche Vergleichbarkeit der Hochschulberechtigungen kann nämlich nur dann erreicht werden, wenn die Leistungen der Absolventen aller Schulen, an denen allgemeine Studienberechtigungen verliehen werden, mit dem gleichen Maß gemessen werden. Wären hier nur die AHS – also nur etwas mehr als **ein Drittel** aller österreichischen Maturanten – betroffen, so würde eine europaweite Vergleichbarkeit und Transparenz gleichsam ad absurdum geführt.

Sind die Profile gefährdet?

Weiters wurde auch die dringende Erwartung geäußert, dass die Reform so durchdacht angelegt wird, dass **autonome Schwerpunkte** einzelner Schulen in der Reifeprüfung weiterhin ihren Platz und Stellenwert haben. Denn in der geplanten Verordnung werden die Schulschwerpunkte nicht berücksichtigt, obwohl es zahlreiche unterschiedliche Stundentafeln und viele äußerst erfolgreiche Schulzweige und Sonderformen gibt. Als Beispiel seien hier die sehr beliebten und erfolgreichen Sport-, Kunst- und Informatikzweige erwähnt. Das vorliegende Konzept – Maturanten können völlig frei ihre Prüfungsfächer wählen – steht den intensiven Bemühungen um Schulautonomie der letzten Jahre an den einzelnen Schulen diametral gegenüber. Schwerpunktsetzungen im Unterricht werden nicht berücksichtigt.

Wie wird beurteilt?

Außerdem sollen laut Gesetz bei der neuen Reifeprüfung für die Maturanten **grundlegend andere Prinzipien** gelten als während ihrer gesamten bisherigen Schullaufbahn. Wenn nun alle Aufgabenstellungen der schriftlichen Klausuren (und der mündlichen Kompensationsprüfungen im Falle einer negativen Klausur) **vollzentral** vorgegeben werden, dann haben die Schüler das Recht, darauf während der gesamten Oberstufe (vier bzw. fünf Jahre lang) entsprechend vorbereitet zu werden. Die berechnete Forderung auch der Schülervertretung, die **Leistungsbeurteilungsverordnung zeitgleich an die neue Matura anzupassen und rechtzeitig neue Lehrpläne** zu erlassen, blieb ungehört.

Was heißt teilzentral?

Jedenfalls wäre es sinnvoll, nicht alle Aufgabenstellungen zentral vorzugeben, sondern einen Teil davon in der Autonomie der Prüfer zu

belassen, damit **schulautonome und individuelle Schwerpunktsetzungen** auch im Rahmen der Reifeprüfung ihre Entsprechung finden.

Am besten wäre es, alle Neuerungen zunächst fünf Jahre lang in **Schulversuchen** zu testen, bevor sie flächendeckend eingeführt werden. Bis dahin könnten auch die BHS einbezogen werden.

Was darf es kosten?

Die **finanziellen Auswirkungen** sind nur unzureichend geklärt, wobei die Höhe der Entwicklungskosten für die zentralen Aufgabenstellungen (16,6 Millionen Euro) verwundert. Damit können im AHS-Bereich fast ein Jahrzehnt hindurch alle Prüfungstaxen bei den Klausuren bezahlt werden!

Zu den laufenden jährlichen Kosten werden überhaupt keine konkreten Angaben gemacht. Trotzdem soll es zu keinen Mehrkosten gegenüber der derzeitigen Form der Reifeprüfung kommen, was nicht nachvollziehbar ist. Denn derzeit verfasst etwa jeder 20. Schüler eine Fachbereichsarbeit. In Zukunft soll jeder Schüler eine vorwissenschaftliche Arbeit schreiben. Diese muss betreut, korrigiert und beurteilt werden, und diese Leistungen müssen dem Zeitaufwand entsprechend abgegolten werden. Klausuren müssen weiterhin korrigiert werden. Mündliche Prüfungen müssen erstellt und abgehalten werden. Der Mehraufwand, der durch die wesentlich höhere Anzahl an vorzubereitenden Aufgabenstellungen entsteht, wird ebenso abzugelten sein wie der zeitliche Aufwand des bisher nicht vorgesehenen fachkundigen Beisitzers.

Aber vielleicht sollen wir Lehrer/innen uns auch diese Reform wieder einmal selbst finanzieren?

Zum Abschluss noch – wie jedes Jahr – die Übersicht über die wichtigsten **Reifeprüfungstaxen** (samt Tabelle zum Ausrechnen):

IMPRESSUM
Herausgeber und Verleger:
 Österreichische Professor/innen Union der Steiermark
 Kontaktadresse: BORG Monsbergergasse 16, 8010 Graz
 Druck: Dorrong, Graz

Die ÖPU (Österreichische Professor/innen Union) ist eine Interessengemeinschaft von drei Organisationen (FCG, ÖAAB, VCL), deren Prinzipien und grundsätzliche Anliegen im schulpolitischen Geschehen eine gemeinsame Basis bilden. Die drei Organisationen arbeiten unabhängig voneinander – jedoch im Sinne der sie in der ÖPU verbindenden Zielsetzungen. Die ÖPU bildet mit ihrer Arbeit ein Netzwerk, das der Kollegenschaft optimale Betreuung in ihrem Berufsleben zukommen lässt. Die Unterstützung der ÖPU bedeutet keine parteipolitische Positionierung, sondern ist Ausdruck der Förderung einer Interessenvertretung, die zum differenzierten Schulwesen steht und in ihm die AHS durch kontinuierliche Weiterentwicklung auf Erfolgskurs halten will.

	Taxen	Anzahl	Gesamt
Vorsitzender	18,4		
Schulleiter	15,4		
Klassenvorstand	9,5		
Schriftführer	9,5		
schriftliche Prüfung	27,9		
mündliche Prüfung	15,4		
Schwerpunktprüfung	31,2		
(bei zwei Prüfern je)	15,4		
pflichtige Vorprüfung mündlich	15,4		
pflichtige Vorprüfung schriftlich/prakt.	27,9		
FBA Sockelbetrag	157,9		
FBA je Arbeit	210,4		
FBA Korrektur	37,4		
Vorsitzender (FBA)	12,5		
Schriftführer (FBA)	9,5		
Vorbereitung (4 Std.)	241,2 / 210,1		
Vorbereitung (Kandidaten)	31,0 / 27,0		
		Summe:	